

Wenn alle glauben, auf der richtigen Seite zu stehen

Persönliche Gedanken über Geschichte, Freiheit und den Mut, anders zu denken

Als ich kürzlich den Artikel über die NS-Vergangenheit von Thomas Gottschalks Vater las, musste ich an meine Mutter denken.

Ich erinnere mich noch gut an ihre Erzählungen über diese Zeit. Was mich schon damals beschäftigte: Viele Menschen waren nicht etwa aus Angst mitgelaufen. Sie waren überzeugt, dass das alles richtig sei. Sie glaubten an die Versprechen, an die Gemeinschaft und an eine bessere Zukunft.

Und nach dem Krieg? Da hieß es plötzlich von vielen: „Das haben wir alles nicht gewusst.“ Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die NSDAP rund 8,5 Millionen Mitglieder. Im Laufe ihrer Geschichte wurden etwa zehn Millionen Mitgliedsnummern vergeben. Hinzu kamen Millionen Menschen, die in nationalsozialistischen Organisationen eingebunden waren.

Die Partei nannte sich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Doch hinter diesem Namen stand keine freiheitliche Arbeiterbewegung, sondern eine rassistische, antisemitische Diktatur, die politische Gegner verfolgte und Millionen Menschen entrechtete und ermordete.

Natürlich waren nicht alle Menschen gleichermaßen verantwortlich. Aber dieses System konnte auch deshalb funktionieren, weil viele überzeugt mitmachten, wegschauten oder schwiegen. Und ich frage mich bis heute: Wie sicher muss ein Mensch sein, auf der richtigen Seite zu stehen, um nicht mehr zu erkennen, wenn Unrecht geschieht?

Vielleicht beschäftigt mich diese Frage auch deshalb so sehr, weil ich selbst in einer Diktatur aufgewachsen bin. Ich habe die DDR erlebt. Ich weiß, was es bedeutet, wenn ein Staat vorgibt, welche Meinung richtig und welche unerwünscht ist. Als ich 1988 einen Ausreiseantrag stellte, hatte das schwerwiegende berufliche Konsequenzen für mich. Freiheit ist für mich deshalb kein schönes Wort für Sonntagsreden. Freiheit bedeutet, selbst entscheiden zu dürfen, den eigenen Verstand zu benutzen und auch widersprechen zu können, ohne deshalb Nachteile befürchten zu müssen. Auch während der Corona-Zeit habe ich mich gefragt, wie weit der Staat im Namen des Gemeinwohls in persönliche Freiheitsrechte eingreifen darf. In Sachsen wurden sogar Einrichtungen zur zwangsweisen Unterbringung wiederholter Quarantäne-Verweigerer vorbereitet. Allein solche Überlegungen haben mich nachdenklich gemacht. Gerade in Krisenzeiten müssen staatliche Eingriffe besonders sorgfältig begründet und überprüft werden.

Natürlich sind die NS-Diktatur, die DDR und unsere heutige Bundesrepublik historisch und rechtlich nicht gleichzusetzen. Aber die Frage, wie Menschen mit abweichenden Meinungen umgehen, stellt sich in jeder Gesellschaft aufs Neue.

Und damit bin ich bei meinen heutigen Erfahrungen. Ich bin kein Mitglied der AfD und möchte es auch nicht werden. Dennoch sind wir bei der Kommunalwahl in Feucht mit einer gemeinsamen Liste von AfD und BD angetreten. Heute bilden wir die Fraktion AfD/BIW, deren Vorsitzende ich bin. Das war und ist eine bewusste Entscheidung. Wir lehnen als freiheitliche Partei politische Brandmauern ab. Nicht weil wir alle dieselben Ansichten

vertreten, sondern weil wir überzeugt sind, dass man auch mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen zusammenarbeiten kann.

Wir wollten zeigen, dass es möglich ist, miteinander zu reden, sachlich zu streiten, Kompromisse zu finden und gemeinsam Verantwortung für unsere Gemeinde zu übernehmen.

Man muss nicht einer Meinung sein, um gemeinsam etwas Gutes zu erreichen. Doch ich erlebe zunehmend, dass meine politische Zuordnung offenbar auch andere Bereiche meines Lebens beeinflusst.

Seit vielen Jahren engagiere ich mich für unsere Gemeinde, für Bildung, Gesundheit, Kultur und das Ehrenamt. Wenn ich im Marktgemeinderat einen Antrag stelle, möchte ich, dass über seinen Inhalt entschieden wird. Wenn ich mit unserem parteipolitisch unabhängigen Verein einen Bildungsworkshop für Kinder anbiete, sollte dessen pädagogischer Nutzen zählen. Stattdessen habe ich immer wieder den Eindruck, dass Anträge nicht wegen ihres Inhalts abgelehnt werden, sondern weil sie von der vermeintlich ‚falschen‘ politischen Seite kommen.

Ich kann mich in einzelnen Situationen täuschen. Aber das Gefühl, wegen einer politischen Zuordnung auf Distanz gehalten zu werden, ist inzwischen sehr real. Und deshalb beschäftigt mich auch der Begriff der Brandmauer. Parteien dürfen selbst entscheiden, mit wem sie politisch zusammenarbeiten. Aber wo endet politische Abgrenzung und wo beginnt die persönliche Ausgrenzung eines Menschen? Natürlich darf man meine Meinung kritisieren. Man darf meine Anträge ablehnen. Niemand muss mit mir übereinstimmen. Aber ich wünsche mir, dass wir wieder mehr miteinander reden, statt Menschen vorschnell in Schubladen einzuordnen.

Wenn heute über die NS-Vergangenheit unserer Eltern und Großeltern gesprochen wird, sollten wir genau hinschauen. Persönliche Schuld darf nicht vererbt werden. Aber auch die Verantwortung des Einzelnen darf nicht hinter der Behauptung verschwinden, man habe nichts gewusst oder nur getan, was alle anderen taten. Was ich aus den Erzählungen meiner Mutter und aus meinem eigenen Leben gelernt habe?

Nicht blind mitlaufen. Nicht alles glauben, nur weil es viele behaupten. Fragen stellen. Selbst denken. Widersprechen, wenn man es für notwendig hält. Und vor allem: Auch demjenigen seine Freiheit zugestehen, dessen Meinung man nicht teilt.

Denn Demokratie beweist sich nicht daran, wie wir mit Gleichgesinnten umgehen. Sie beweist sich gerade im Umgang mit Andersdenkenden. Vielleicht ist das die wichtigste Lehre aus unserer Geschichte:

Freiheit beginnt dort, wo wir aufhören, Menschen allein danach zu beurteilen, auf welcher politischen Seite sie stehen.

Birgit Ruder

Mitglied des Vorstandes BfA